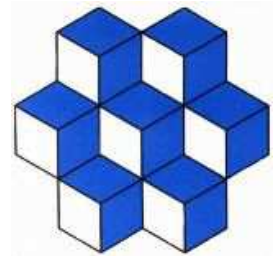


# BAUGEWERBLICHE VERBÄNDE

BAUGEWERBE-VERBAND NORDRHEIN  
DACHDECKER-VERBAND NORDRHEIN  
DEUTSCHER AUSLANDSBAU-VERBAND E.V.  
FACHVERBAND AUSBAU UND FASSADE NRW  
STRASSEN- UND TIEFBAU-VERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN  
ZIMMERER- UND HOLZBAU-VERBAND NORDRHEIN



Graf-Recke-Str.43  
40239 Düsseldorf  
Tel.: 0211/91429-18  
Kontakt: Harald Siebert  
h.siebert@bgv-nrw.de

„Eine große Zahl unserer Anregungen finden wir wieder“

## **Baugewerbe begrüßt die Vorhaben der neuen Regierungskoalition**

**Düsseldorf.** Überwiegend positiv hat das Baugewerbe den am Freitag veröffentlichten Koalitionsvertrag von CDU und FDP aufgenommen. „Eine große Zahl unserer Anregungen finden wir in dem Text wieder“, freute sich der Präsident der Baugewerblichen Verbände, Rüdiger Otto. „Insbesondere die Grundlinie, Bürokratie abzubauen, stimmt. Die Wirtschaft hat dieses Signal dringend gebraucht.“ Zuletzt hatten sich Baugewerbliche Verbände und Bauverbände Westfalen mit einem gemeinsamen Papier an die für die Bereiche Bau und Verkehr zuständigen Koalitions-Unterhändler und an die Parteivorsitzenden Laschet und Lindner gewandt.

Die neue Koalition hat sich verpflichtet, vor allem in den Ballungszentren mehr bezahlbares Wohnen zu ermöglichen. Nicht zuletzt dafür sollen „die Rahmenbedingungen für Investoren“ verbessert werden. Das schließt die Weiterentwicklung des Wohnraumförderprogramms des Landes ebenso ein wie einen vergrößerten Anteil der Eigentumsförderung. Bei der Grunderwerbsteuer ist ein Freibetrag von 250.000 Euro pro Person bei selbst genutztem Wohneigentum geplant. Auf Bundesebene will sich die neue Koalition für eine dreiprozentige lineare Abschreibung und für eine Sonderabschreibung bei Wohngebäuden einsetzen, was das Baugewerbe seit langem gefordert hat. Landesspezifische Verschärfungen des Mieterschutzes sollen abgeschafft werden.

Ganz generell wollen CDU und FDP das Baurecht vereinfachen, weil viele Vorschriften sich als Kostentreiber erwiesen hätten. Die Landesbauordnung soll in ihrer novellierten Fassung deswegen nicht 2018 in Kraft treten. Bei einer neuerlichen Überarbeitung des Regelwerks sollen „baukostensteigernde Regulierungen und Vorgaben abgeschafft“ und die Einzelvorschriften deutlich an die Musterbauordnung des Bundes herangeführt werden. „Genau dafür haben wir schon gegenüber der bisherigen Landesregierung plädiert, die jedoch darauf nicht ausreichend eingegangen ist“, meinte Otto. Auch die neue Energieeinsparverordnung soll für drei Jahre ausgesetzt werden, um sie zu überdenken. Dagegen werde NRW sich im Bund

**PRESSEINFORMATION**

für eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung stark machen.

Bei der Einführung des Planungs- und Bauverfahrens Building Information Modelling (BIM) „soll NRW eine Vorreiterrolle einnehmen“. BIM werde daher für Vergaben des Landes im Hoch- und Straßenbau ab 2020 verpflichtend.

Das Vergaberecht selbst werde ebenfalls vereinfacht. Das von der Wirtschaft heftig kritisierte Tariftreue- und Vergabegesetz soll im Zuge dessen weitestgehend entfallen. Auf Tariftreue werde allerdings weiter geachtet. Auch die Wirtschaftstätigkeiten öffentlicher Unternehmen sollen eingegrenzt werden. Sie dürfen künftig nur dann am Markt agieren, wenn dies „zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dringend erforderlich ist und private Unternehmen diese Aufgabe nicht ebenso wirksam und effektiv erledigen können“.

Nicht ganz zufrieden ist das Baugewerbe dagegen mit den Aussagen von CDU und FDP zu öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) beim Landesstraßenbau. Die Koalition will entgegen dem Votum des Baugewerbes „in geeigneten Fällen“ zu dieser Variante greifen, sie dann jedoch mittelstandsfreundlich ausgestalten. Rüdiger Otto dazu: „Nach unseren Erfahrungen und auch nach Erkenntnissen des Bundes- und der Landesrechnungshöfe schließen sich ÖPP und Mittelstandsfreundlichkeit weitgehend aus. Als Vertreter unserer Straßen- und Tiefbaubetriebe werden wir mit Interesse, aber skeptisch begleiten, wie die neue Landesregierung hier agiert.“

Die berufliche und die akademische Bildung sehen die beiden neuen Regierungsparteien als gleichwertig an. Eine Lehre sei „genau so viel wert wie ein Hochschulabschluss.“ Die Berufskollegs will man besser unterstützen, der Stellenabbau dort soll zurückgenommen werden. „Fachklassen im ländlichen Raum müssen gesichert werden.“

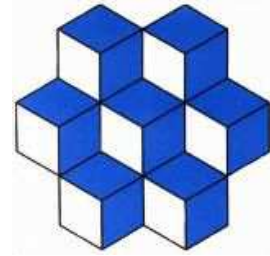
„Für das starke und innovative Handwerk mit seinen mutigen Unternehmerinnen und Unternehmern, qualifizierten Beschäftigten und engagierten Auszubildenden werden wir bessere Voraussetzungen für Wachstum und Zukunftschancen schaffen.“ Dafür will die neue Landesregierung sich vor allem auf die Ergebnisse der Enquete-Kommission Handwerk stützen, was das Baugewerbe sehr begrüßt.

PI 19/06/2017

#### **Die Baugewerblichen Verbände als Stimme des Bau- und Ausbaugewerbes**

Die Baugewerblichen Verbände vertreten als Dachorganisation von sechs Landesinnungsverbänden aus dem Bau- und Ausbaugewerbe die Interessen von etwa 5.000 mittelständischen Unternehmen in NRW mit etwa 55.000 Mitarbeitern gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie bieten zudem als Dienstleister umfassenden Service und Beratung für die Betriebe. In den ehrenamtlichen Gremien der sechs Verbände engagieren sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmer.

Das Baugewerbe stellt den bedeutendsten Handwerksbereich dar. Bei den zentralen wirtschaftlichen Kennziffern übertrifft es in NRW zudem die Bauindustrie sehr deutlich - bei Betriebs-, Mitarbeiter- und Umsatzzahlen um den Faktor 3, bei den Auszubildenden um den Faktor 6.



**PRESSEINFORMATION**